

ihre die Mahlzeiten zu
war wunderbar ruhig
um sie stand, ließ sich
nicht einen Augenblick
machen. „Es ist nur
lange mehr dauert“,
ein Schmerzanfall ihre
hatte; „da kann man
heit freuen! Ach, wie
in Leid und kein Ge-

hören: „Warum dies
veres Leiden aus den
das weiß, daß ihm aus
Gutes kommen kann.
ie auf dem Tische vor
d der Kinder ausge-
betrachtete. „Ich muß
ich zu meinem Allen
gekommen bin“, sagte
en Sie am Ende, daß
!“

Sehen Sie, so war die
r Mann war Tischer;
es war ihm die Frau
ner zweiten Frau um
Stellung als Köchin,
lle; und ich hab mir's
ebot annehmen sollte.“
den vielen Kindern“
e Kinder waren mit
nicht meinen Glauben
das hat mir großes
e ihm gleich, daß er
halten dürfe, und daß
oder christlich erziehen
war froh, eine Mutter
men.“

durchführen können“
und hat mir nie etwas
der, so wild und un-
gen gut ein. Mein
he gegangen, er hatte
mittags immer in der
r den schweren Unst
uch zu Tode gebracht
mal seinen Vater
mit dem Herrgott mo-
ich gelaufen und hab
Bescheid gesagt; und
heilige Abendmahl ge-
torben. Er ist immer
ie ein böses Wort ge-
ar so schön, als die

verkärt auf das alte
ld gibt's ein Wieder-

schön, wenn Eheleute
önnen!“

ist ein wirklich nicht
acht hatte, wenn man
haben dabei nicht ver-
nicht mehr außer dem
schweren nahmen so
mehr verlassen konnte.
vornwärts; aber unge-
Augen entgegen, und
zu bedanken. Noch
hrer Wohnung. Die
und öffnete früh wü-
stüchleins kam.

nicht fürchte, während
t in Schmerzen durch-
ie verneinte dies und
: „Ich will Ihnen
t allein in der Nacht.
werde ich niemanden
schen eingeduffelt bin
hle ich oft ganz deut-
er Stube ist, daß ich
umt mir alle Furcht.“
enwand das Fußende
itt Kreide in großen
„Er lebt!“ An den
auch mit felsenfester
verhand nahmen und
a Haupte zusammen-

ihrer Todeskrankheit
war das Ringen der
Tochter die Todes-
raum halten konnte.
er Kampfnacht an-
iede. Die Sterbende
ganz sanft und still

stätigung ihres Glau-
eele in der Frühe des
Auf dem Abreiß-
in gesünderen Tagen
t hatte, leuchtete an

das Leben! Wer an
leich stirbt!“

und Weltpolitik;
ann; alle in Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:

Er erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.95 und
0.80 Vierteljährlich, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingangsnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 s je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 77.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 31. März 1933.

15. Jahrgang.

Gott, laß dein Heil uns schauen,
Auf nichts Vergänglich's bauen,
Nicht Eitelkeit uns freu'n.
Laß uns einfältig werden
Und vor dir hier auf Erden
Wie Kinder fromm und fröhlich sein.

Matthias Claudius.

Gedanken zur Zeit.

Der 5. März 1933 brachte jenen Frontsoldatengeist, jenes Frontsoldatentum zur Herrschaft, dem die Staats-
ängel am 8. November 1918 hätten zufallen müssen, denn
das Frontsoldatentum — die Opfer der Heimat sollen
keineswegs unterschätzt werden, aber sie können sich mit
denen, die der Frontsoldat brachte, nicht messen — hatte
das Höchste zum Wohle des Vaterlandes und der Nation
eingeführt, was es einzuführen gab, das Blut und das eigene
Leben. Wahrlich, die Geschichte hätte ihren Sinn verloren,
wenn der Geist und die Gesinnung der Opfernden nicht
am Ende doch die Herrschaft erhalten hätten. Aufgabe
der sozialistischen Frontkämpfer hätte es sein müssen, am
8. November die Brücke zwischen Sozialismus und Ratio-
nismus zu bilden. Nicht weil sie Sozialisten
sind, richtete der 5. März über sie, sondern weil sie zu
wenig Nationalisten waren gegenüber einer Umwelt, die
in erster Linie das Nationale betonte.

Die Reichsregierung hat mit großer Mehrheit das von
ihr geforderte Ermächtigungsgesetz bekommen, wie es in
seinen Auswirkungsmöglichkeiten und seiner Dauer nach
noch niemals einer Regierung bewilligt worden ist. Man
könnte den durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes
geschaffenen Zustand als Diktatur durch Volkswillen und
Volksmehrheit bezeichnen.

Mit dem Ermächtigungsgesetz kann — je nach den
Erfordernissen — der eine oder der andere Verfassungs-
Artikel außer Kraft gesetzt werden. Es ist dazu noch nicht
einmal mehr die Unterschrift des Reichspräsidenten nötig.
Der Reichskanzler ist ermächtigt, die Gesetze zu unter-
zeichnen, die das Reichskabinett beschloffen hat. Die näch-
sten Wochen schon werden zeigen, welchen Gebrauch die
Reichsregierung von diesem Ermächtigungsgesetz macht.

Sie hat sich in dem neu geschaffenen und von Dr. Josef
Goebbels geleiteten Ministerium für Propaganda und
Aufklärung ein außerordentlich wichtiges In-
strument geschaffen, mit dem sie dem Volke auch die un-
beliebtesten und unpopulärsten Maßnahmen verständlich
machen kann, mit dem sie Volksstimmung und Regie-
rungsmeinung zusammenzuschweißen vermag, so daß Re-
gierung und Volk nach außen als Einheit auftreten. Das
gibt auch der Umwelt Vertrauen in die Stabilität der
Regierungsgewalt. Das ist ein großes Plus auf wirtschaft-
lichem Gebiet. Herr Dr. Goebbels ist für dieses Propa-
ganda-Ministerium der gegebene Mann. Ihm verdanken
der Reichskanzler und die Reichsregierung letzten Endes
den Wahlsieg vom 5. März.

Aber so leicht, wie es den Anschein hat,
— weil nämlich das neu geschaffene Ministerium über alle
Propagandamittel wie Rundfunk, Presse, Film, Theater
verfügt — ist die Aufgabe denn doch nicht.

Der Rundfunk ist zwar ein Nachrichtenmittel, das auch
bis ans Ohr aller heranreicht, das aber der Widerwillige
nur ausschalten braucht, um sich der besseren Einsicht
gewaltsam zu verschließen. In ständiger Berührung mit
allen Volkskreisen, auch Gegnern u. Laien, kann man nur
zu leicht feststellen, daß eiserne Sozialisten, also insbeson-
dere Arbeiter, die in der SPD und in den Gewerkschaften
organisiert sind, von den Rundfunkredaktionen des Reichskanz-
lers oder des Reichskommissars für Preußen, Göring,
nicht erfasst wurden. Die Boreingenommenheit war ihnen
eingeschärft, sie ist ihr eiserner Bestandteil, und darum
schalteten sie ihr Rundfunkgerät nicht nur aus, sondern
versuchten auch die übrigen Bewohner eines Blockes oder
eines Hauses durch entsprechende Störungen im Emp-
fang zu beeinträchtigen. Was nützen alle polizeilichen
Maßnahmen in solchen Fällen. Nichts. Hier hilft nur
Ueberzeugung. Es ist also Hauptaufgabe des Propaganda-
Ministeriums, an die unbeteiligten, sich selbst ausschlie-
ßenden, feindlich gesonnenen Massen heranzukommen.
Es fehlt zur Zeit am öffentlichen Regulator. Die gegen-
rätliche Presse ist verboten. Wäre sie es nicht, oder werden
die Verbote demnächst aufgehoben, so gäbe es kein besseres
Mittel als das, die gesamte sozialistische Presse zu zwin-
gen, bestimmte Propaganda-Artikel, in denen diese oder
jene Maßnahme gerechtfertigt wird, bestimmte Regie-
rungs-erklärungen usw. aufzunehmen. Eine sachliche Kri-
tik solcher Veröffentlichungen müßte ermöglicht werden.
Sie ist gesund und notwendig.

Öffentliche Anschläge von Regierungserklärungen,
Auszüge aus Kanzlerreden, die auch im Arbeitenden die
Erkenntnis wecken, daß die Vertretung seiner Interessen
bei der heutigen Regierung besser gewahrt wird als unter
den früheren Regierungen, verschlehen ihre Wirkungen
bestimmt nicht. Ein Propagandaminister wird mit der Dich-
tlosigkeit des Deutschen rechnen müssen, mit vorgefaßten
Meinungen, die in zwei Generationen in die Herzen und
Sirne der arbeitenden Menschen eingeklämmert wurden.
Nicht der Apell — die Tat und der Erfolg entscheiden.

Daß im Augenblick beim Arbeiter wenig Verständnis
für die Maßnahmen gegen die SPD, ihre Führer und
Presse zu finden ist, das ist nicht anders erwartet worden.
Wenn aber die Arbeitenden einwenden, daß bisher gegen
den Kapitalismus kein Schritt unternommen wurde, ob-
wohl er doch der Zwillingenbruder des Marxismus ist, ge-
gen den zu kämpfen man sich besonders heilige, dann
liegen in solchen Gedankengängen Unnützsquellen, die
durch die Tat zu verstopfen sind. Es kann dem Herrn Pro-
pagandaminister nur lieb sein, die Anschauungen derjeni-
gen Kreise, die er für Deutschland gewinnen will, nicht nur
durch den Mund seiner Anhänger zu hören, die zwar dem
Arbeiterstand angehören, aber doch viel zu diszipliniert u.
national sind, um diese Auffassungen richtig wiedergeben
zu können.

Was soll man z. B. einem Erwerbslosen, der Linde-
rung seiner Not erwartet, sagen, wenn er einwendet:
Zwar hat man aus dem Hamburger Stadttheater drei un-
bedeutendere jüdische Schauspieler entfernt — aber an die
Bankkönige hat man sich nicht herangewagt. Wie wirkt
es auf den Arbeiter, dessen Funktionär in Schutzhaft ge-
nommen wurde, wenn er über dem Gebäude eines Kon-
zerns der Zigarettenindustrie die schwarzweißroten Fah-
nen wehen sieht, obwohl im Reichstag schon seit 1928 Ent-
hüllungen über angebliche oder tatsächliche Korruptions-
fälle verhandelt wurden, ohne daß jemand zur Verant-
wortung gezogen worden wäre. Solche Dinge sind ent-
scheidender als man glaubt. Was z. B. muß der kleine
Spediteur oder der sich eine Existenz aufbauende Last-
kraftwagenchauffeur denken, der sich durch den scharf um-
kämpften Schenker-Bahnvertrag in seiner Existenz be-
droht sieht, während der Vertragspartner der Reichsbahn,
der Schenkerkonzern, kürzlich erst ein Schreiben an seine
Filialen richtete (außerdem ist der Behala-Fall noch nicht
geklärt): „Infolge der jetzigen politischen Lage und durch
die letzten Notverordnungen der Regierung sehen wir uns
Leid ergeunungen, die Transporte von den in der An-
lage aufgeführten kommunistischen Verlagen (z. B.) abzu-
lehnen. Wir bitten Sie, sämtlichen Gesellschaften davon
Kenntnis zu geben und gleichzeitig die Firmen für uns
nochmals besonders zu schützen.“ Nach diesem Rund-
schreiben rechnet der Schenker-Konzert doch wohl mit
einem gelegentlichen Wiederaufleben der kommunistischen
Bewegung und mit der Möglichkeit, dann wieder die
Transporte von Flugblättern, Broschüren und dergleichen
erhalten zu können. Sonst würde man sich doch nicht aus-
drücklich diese kommunistischen Druckereien als Kunden
schützen lassen. Man muß oben fühlen lernen, daß solche
Vorgänge ihre Auswirkungen haben. Es ist immer so ge-
wesen, daß hart im Raume sich die Dinge stoßen, und daß
die große Linie der neuen Politik der Reichsregierung
gemessen wird mit den Alltagsereignissen.

Ich wollte an diesen wenigen Beispielen zeigen, wo die
Unnützsquellen liegen, aus denen geschickte Gegner der
heutigen Regierung Nutzen zu ziehen vermögen und
neue Unruhe schaffen können. Das Sinnfällige, in die
Augen Springende wirkt mehr als das Symbolische. Es
gibt noch viel aufzuräumen. Nicht nur bei den Marxisten.

Ein besonderes Wort ist noch zur Auslandspropaganda
zu sagen. In seiner Regierungserklärung betonte der
Reichskanzler ganz besonders den Schutz und die Fürsorge,
die dem Ausland-Deutschtum angedeihen soll. Klagen über
das Vergehen der deutschen Auslandsvertretungen wurden
in den letzten Jahren häufig genug laut. Mehr als ein
durchaus seriöser Auslandsdeutscher bekannte mir, daß
zwischen der Fürsorglichkeit der englischen amtlichen Ver-
treter im Ausland und derjenigen Deutschlands ein sehr
wesentlicher Unterschied bestehe. Mit beamtenmäßiger Ein-
stellung, wie sie bei den deutschen Vertretern vorherrsche,
könne man deutsche kulturelle und propagandistische Be-
lange im Ausland nicht wirkungsvoll vertreten. Man-
mal liegt die Wahrnehmung der deutschen Interessen in den
Händen von Nichtdeutschen. So z. B. wurde mir bekannt,
daß in Liverpool der Konsul englischer Nationalität sei.
Ihm war ein süddeutscher junger Kaufmann als ehrenamt-
liche Hilfskraft zugefellt. So korrekt der Engländer, die
amtlichen deutschen Interessen auch vertreten haben mag,
so ist es doch immerhin verständlich, daß dieser Mann nicht

zum kulturellen und geistigen Mittelpunkt der Deutschen
in Liverpool werden konnte.

Ober ein anderer Fall: Herr Reichsminister Göring
empfang kürzlich einen Vertreter des „Telegraaf“,
um sich über die Stellung der deutschen Regierung zu
Sowjet-Rußland auszulassen. Kurz vormd hörte man,
daß mißliebige ausländische Journalisten ausgewiesen
worden wären. Nun steht aber fest, daß der „Telegraaf“,
eine holländische Tageszeitung, während des Krieges sich
der Hege gegen Deutschland schuldig gemacht hat, jede,
auch die dünnste Greuelnachricht sensationell auswertete
und Skizzen lieferte, die die Deutschen als Barbaren und
unkultivierte Menschen hinstellten. Diesem „Telegraaf“,
der angeblich im russisch-französischen Interesse und ange-
blich mit russisch-französischem Geld in Holland Propaganda
gegen Deutschland führte, die bezwecken sollte, Holland in
den Ring gegen Deutschland einzugliedern, ist es zuzu-
schreiben, wenn unter der jüngeren Generation Hollands
nicht mehr die ausgesprochene deutsch-freundliche Stim-
mung herrscht wie vormd. Welche Maske mag der Ver-
treter des „Telegraaf“ aufgesetzt haben, damit er eines
Empfanges bei Herrn Göring würdigt wurde? Für die
„Sumatra-Post“, erscheinend in jenen Gebieten an der Ost-
und Westküste Sumatras, in denen starke deutsche Kolo-
nien und zahlreiche Missionsstationen der Rheinischen Mis-
sion liegen, schrieb der holländische Journalist Blokzijl:
„Meine deutschen Freunde, seriöse Kaufleute, die aus dem
Siegerlande stammen und stark von Stöckerischem Gedan-
kengut bewegt werden, sandten unter schärfstem Protest
einige Ausgaben dieser verbreiteten Zeitung ein. Ich muß
schon sagen, Herr Blokzijl leistete sich allerhand gegen das
national empfindende Deutschland, kennzeichnete z. B. das
Niederwald-Denkmal als Stein gewordenen Sinnbild
deutschen Barbarismus und dergleichen mehr. Das nation-
ale Deutschland wurde noch in den Jahren 1930 und 1931,
ja Anfang 1932 als Krebschaden einer gesunden Entwick-
lung in Deutschland bezeichnet. Es ist sogar die Meinung
aufgetaucht, daß Blokzijl auch für den „Telegraaf“ ge-
schrieben hat, obwohl ein Beweis bisher noch nicht erbracht
werden konnte. Hoffentlich ist auch Blokzijl als mißliebi-
ger Journalist aus Deutschland ausgewiesen worden. Wie-
derum nur einige wenige Beispiele, daß auf diesem Gebiet
— Propaganda im Auslande — noch recht viel zu tun
übrig bleibt.“

Ich bin überzeugt, daß Hunderte von Deutschen im
Auslande durch bereitwilligste Mitarbeit, ehrenamtlich,
dem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda
dienen werden. Das Ministerium für Propaganda sollte
eine Zentralstelle einrichten, die Berichte von jedem Aus-
landsdeutschen entgegennimmt und verwertet. Das Zu-
sammengehörigkeitsgefühl wird geweckt und ein wert-
volles Instrument für die Propaganda des Deutschums
im Auslande geschaffen. Deutsche Büchereien in den deut-
schen Auslandskolonien, deutsche Heimatfilme, deutsche
Zeitung — das muß geschafft werden.

Wird der Kanzler neben seinem Kampf gegen den
Marxismus auch die Auswirkungen des Kapitalismus (als
des Zwillingenbruders u. Erzeugers des Marxismus) gleich
erfolgreich bekämpfen? Das entscheidet darüber, ob die
deutsche Revolution gewonnen wird. Das entscheidet dar-
über, ob die 6 bis 8 Millionen Deutscher, die noch abseits
stehen, sich freiwillig eingliedern ins neue Reich. Wird der
Kanzler es schaffen, daß deutscher Grund und Boden, deut-
sche Produktionsstätten frei von Ueberfremdung werden
und künftig bleiben, daß insbesondere der heilige deutsche
Boden, der Lebensraum des Volkes, ferner nicht mehr
Spekulationsobjekt, Objekt des Börsenschadlers sein wird.

Ich habe das unbedingte Zutrauen, daß es ihm gelingt,
weil es ihm gelingen muß als einem, der berufen ist, ein
gutes Stück deutscher Geschichte zu machen.

Wenn der Kanzler ein neues deutsches Recht schafft, das
die Beziehungen zwischen Einzelpersonlichkeit und Staat,
zwischen Kapital und Arbeit neu regelt, nach den Grund-
sätzen eines neuen völkischen Gelds und Wirtschaftsden-
kens, also eines sittlichen, weil natürlichen, so ist seinem
Werke die Krönung gegeben. Das bisher geltende Recht,
das die Verwendung von Eigentum und Besitz ins Belie-
ben der Einzelpersonlichkeit stellte, ermöglichte erst die
Vorherrschaft der Hochfinanz.

Ein neues Recht, das zwar das Privateigentum als
solches anerkennt, aber seine Verwendung im Interesse
der Nation sicherstellt und jede Verwendung gegen das
nationale Interesse unterbindet, ist notwendig. Die deut-
sche Revolution muß ihren sichtbaren Ausdruck finden in
einem neuen, deutschen Recht. Das ist es, was wir erwar-
ten.

J. B. A.

Wirtschafts-Dämmerung?

Von Atlanticus.

Es ist vielleicht gewagt, heute schon von einer „Wirtschafts-Dämmerung“ zu sprechen, aber wer könnte wohl angesichts der Bankenkrise und ihrer Bekämpfung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nach all den anderen europäischen „Krisen“ verneinen, daß wir uns mitten in einer großen Umwälzung des Wirtschaftslebens befinden?

Wir sehen allenthalben, daß die verantwortlichen Staatsmänner mit ganz bestimmten Plänen, die seit Jahr und Tag von ihnen erwogen worden sind, an die Arbeit gehen, um die Dinge zu wenden. Sie sind überall untragbar geworden, und deshalb muß ein Staatsmann wissen, was er will und den richtigen Zeitpunkt für die beabsichtigten Reformen abzuwarten verstehen.

Wir glauben, daß der jetzige deutsche Reichskanzler sehr genau weiß, was er will, genau so, wie der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin Roosevelt.

Nicht umsonst hat Reichskanzler Hitler in Potsdam von der Wiederherstellung des Primates der Politik gesprochen, und was jenseits des Atlantischen Ozeans vom neuen Oberhaupt des amerikanischen Volkes verkündet wurde, bedeutet letzten Endes auch nichts anderes, als die Vorherrschaft der Politik und die Zurückdrängung des Einflusses der Wirtschaft, um des Wohles der Allgemeinheit willen.

Man glaube die kürzliche Bankenkrise in den Vereinigten Staaten mit der deutschen Bankenkrise vom Juli 1931 vergleichen zu können. Das ist indessen ein Irrtum, denn handelte es sich hier um einen Zusammenbruch infolge plötzlicher Zurückziehung kurzfristiger ausländischer Kredite, so war es dort eine Ausscheidungskrise. In den Vereinigten Staaten ging es darum, die dem Bundesreservebank-System nicht angeschlossen waren, auf die Knie zu zwingen, sie auszumergen.

Im Kriege und den ersten Jahren nach dem Kriege, als alle Welt drüben in „full and plenty“ schwamm und man an die ewige Dauer der „prosperity“ (Gedeihen der Geschäfte) glaubte, hatte mit allen anderen Wirtschaftszweigen auch das Bankwesen eine echt amerikanische riesenhafte Ausdehnung erfahren. Warum auch nicht? Alle Welt hatte Arbeit, die Löhne waren noch kriegsmäßig hoch, Ersparnisse in großem Umfang möglich, für die Anlagemöglichkeiten gesucht waren. Indessen blieb es nicht so, die Geschäfte wurden schlechter, der Absatz stockte mehr und mehr, bis schließlich der Zustand, den man fälschlicherweise mit „Weltkrise“ bezeichnet, eintrat. Zahlungseinstellungen, Stilllegungen, Arbeitslosigkeit in einem, in den Staaten nie gekanntem Umfang zeigten auch in Amerika auf die große Umwälzung im Wirtschaftsleben hin, die sich überall vollzieht.

Knotendrungen mußte auch der Wirtschaftszweig in Mitteleuropa gezogen werden, der sozusagen Nährmutter vieler und Ausbeuter aller anderen ist, das Bankwesen. Das war die Sachlage, als der neue Präsident der Vereinigten Staaten Franklin Roosevelt vor zwei Wochen sein Amt antrat.

Seine Antrittsrede ist ein Zeugnis dafür, daß er die Zeichen der Zeit verstanden hat. Er verlangte außerordentliche Exekutivvollmachten, um die zerfahrenen Dinge in Ordnung bringen zu können. Er will Staatsaufsicht über die Banken einführen, der unsoliden Spekulation ein Ende machen, den Arbeitslosen wieder zur Arbeit verhelfen, wobei er an die Ausführung bestimmter staatlicher Arbeitsaufträge denkt, er will ferner die Zurückführung aller in der Industrie überflüssigen Arbeitskräfte aufs Land anbahnen, kurz Maßnahmen treffen, die auch in Deutschland zur Genüge besprochen sind.

Hitler, wie ihn keiner kennt.

In den unter obigem Titel vor kurzem herausgekommenen 100-Bild-Dokumenten aus dem Leben des Führers berichtet uns Baldur von Schirach, der Reichs-Jugendführer der NSDAP, in Geleitwort und Unterschriften zu den Bildern neben vielem sonst Wertvollen auch Wissenswertes von der persönlichen Lebensführung Hitlers.

Da erfahren wir denn, „daß Hitler Alkoholgegner, Nichtraucher und Vegetarier ist. Ohne andre — auch seine nächste Umgebung — im geringsten in dieser Richtung zu beunruhigen, hält er sich eifrig an das selbstauferlegte Lebensgesetz. Seine Arbeitsleistung ist ungeheuer.“ So wörtlich zu lesen im Geleitwort.

Weiter unter einem Bilde — Hitler an einem Tische vor einer Kaffeetasse und einer Flasche Sauerbrunnen — „Marxistische Lügner täuschen den Arbeitern vor, Hitler feiere Gelage bei Sekt und schönen Frauen. In Wirklichkeit trinkt Hitler nie einen Tropfen Alkohol! Hitler ist auch Nichtraucher.“

Wir Lebensreformer sind dankbar dem Herausgeber dieser Bilddokumente, daß wir das erfahren durften. Nun ist's an uns, daß hiervon auch die gesamte deutsche Jugend höre. Daß diese Tatsachen in den Bilddokumenten besonders durch Wort und mehrere Bilder hervorgehoben wurden, hat wohl eine innere Begründung darin, daß der Geleitwortschreiber ein Reichs-Jugendführer ist. Wir gehen also wohl nicht fehl anzunehmen, daß er und die mitarbeitenden Jugendführer seiner Bewegung sich als erste für das Bekanntwerden des beispielhaften Vorbildes des Führers einsetzen werden.

Aber auch alle anderen außenstehenden national und sozial denkenden Frauen und Männer erwerben sich ein Verdienst, dieses Führerbild, wie es wenige kennen, weit und breit bekannt zu machen.

Naturngemäß ist bislang nur der erste Teil seines Programms in Angriff genommen worden, und man muß gestehen mit Geduld und Energie. In erstaunlich kurzer Zeit ist es gelungen, den Zahlungsverkehr wieder in normale Bahnen zu lenken und auch der Börsenverkehr konnte früher wieder aufgenommen werden, als zunächst beabsichtigt war. Allerdings blieben bei dem Ausscheidungsprozeß ca. 20 % der kleineren und mittleren Banken auf der Strecke und weitere 20 % durften noch nicht wieder eröffnen. Zu beachten ist nun dabei, daß diese 40 % wohl alle Banken umfassen, die dem Bundesreserve-System nicht angeschlossen waren. Das lag zweifellos im Interesse der amerikanischen Großbanken, die dadurch kostenlos ihre unliebsamen Konkurrenten los wurden.

Wie nun weiter die angekündigte Bankenaufsicht gehandhabt werden wird, dürfte den Banken keine Sorge machen. Sie wissen, daß bei allen Krisen weniger sie, als die „Kleinen“ und deren Kundschaft die Leidtragenden zu sein pflegen, und bei der Bankenaufsicht werden sich schon, wie beim Antitrustgesetz f. Zt. Auswege finden lassen, um einer gar zu unliebsamen Kontrolle zu entgehen.

Roosevelt meint es sicherlich gut, aber er kennt auch die Grenzen, die seiner Macht gezogen sind, durch die andere Macht, den Kapitalismus, ohne dessen Willen er nicht an der Stelle stünde, wo er jetzt ist.

Es kann aber auch sein, daß auch in Amerika die Tage der Herrschaft des Kapitalismus gezählt sind. Das aber wird in dem Augenblick sein, in dem Roosevelt — falls dies tatsächlich in seiner Absicht liegen sollte — die natürlichen Wirtschaftskräfte des Landes so mobilisiert, daß dem Kapitalismus wieder die ihm einzig gebührende dienende Stellung zugewiesen wird.

Es ist das die große Chance für Roosevelt, wie sie einem Mann in seiner Stellung nur einmal vom Schicksal geboten wird. Versteht er sie auszunutzen, wobei er der Zustimmung und Mitarbeit des weitaus größten Teiles des amerikanischen Volkes gewiß sein darf, so wird ihn einstmals die Geschichte zu den Großen seines Landes zählen.

Und wenn wir nun den Blick zurücklenken von Amerika auf unser Land, so gewahren wir auch hier die ersten Zeichen neuen Werdens. Die Klänge des Feiertages sind verhaucht. Jetzt geht es an die Lösung der schweren Aufgaben. Vorgehensweise ist der Haufen, der erst fortgeräumt werden muß, bevor der gute Grund bloßgelegt ist, auf dem der Neubau sicher errichtet werden kann. Das geht nicht von heute auf morgen. Darauf aber dürfen wir unser Vertrauen zu den heutigen Staatslenkern gründen: Sie sind tief durchdrungen von ihrer Aufgabe und ihrer Verantwortung vor Gott, der Geschichte, vor allem Volk. Ihnen ist der Gedanke des Dienstes an und für die Allgemeinheit. Der Deutschen dieser Tage heiligste Verpflichtung aber ist das Vertrauen zu dieser Führung, auch wenn diese oder jene Lieblingsidee beim Aufbau keine Verwendung findet.

Die Dinge sind im Fluß. Es ist Zeitenwende. Sie bedeutet klar und unzweideutig die Befreiung aus der Knechtschaft des anonymen Kapitals, der führenden und ausführenden Arbeit gleichermaßen unterworfen war. Die organisierte zusammengefaßte Arbeit wird diese Herrschaft zu Fall bringen, das ist Wirtschafts-Dämmerung.

Anschlag gegen Mussolini vereitelt

Rom, 30. März.

Die Polizei verhaftete in der Nähe des Palazzo Venezia ein verdächtiges Individuum, das einen geladenen Revolver bei sich trug. Der Festgenommene, ein gewisser Poggio aus Alexandria, erklärte, daß er die Absicht hatte, ein Attentat auf Mussolini zu begehen. Beim Verhör stellte sich heraus, daß er geistig nicht normal ist.

Was dürfen wir aber weiter erwarten? Die Philister, Rausch- und Rauchtigkeitsfreunde mögen sich zur Beruhigung sagen lassen, wir erwarten vom Führer Hitler keine gesellschaftlichen Maßnahmen wie Verbote u. dergl. Nein, ungeschriebenes Gesetz muß es für jeden guten, zumal jungen Deutschen werden, die einfache Lebensweise des Führers zur eigenen, täglichen Gewohnheit werden zu lassen. Der einzelne wie die Nation wird die Arbeitsleistung ungeheuer steigern. Im übrigen auch ihre historische Entwicklung, kalte Revolution, vielleicht auf dem Wege des persönlichen Beispiels, ausgehend von denen, die um den Führer, und allen, die guten Willens sind, bis zur allmählichen Aenderung der Lebenshaltung.

Mens sana in corpore sano — In einem gesunden Körper auch eine gesunde Seele. „Die nationale Regierung wird eine durchgreifende moralische Sanierung an unserem Volkshörper vornehmen“ (Hitler in seiner Reichstagsrede vom 23. 3. 33).

Wir können aber von politischen Führern nicht erwarten, daß sie auch auf Gebieten, die uns Lebens- und Wirtschaftsreformen wichtig erscheinen, die Führung in die Hand nehmen. Ist doch ihr persönliches Beispiel schon wirksam. Möchte deshalb auch Hitler ebenso wie im Politischen, so auch in seiner Lebensführung weiterhin radikal, d. h. wurzelecht sein und sich sich von seiner Umgebung umgeben lassen. Was könnte dann für eine segensvolle Wirkung von ihm ausgehen! Wie war's doch hinsichtlich der offiziellen Geselligkeit nicht nur vor dem Kriege, sondern auch bei den Regierenden nachher bis jetzt! Darüber äußerte sich einmal in bitterem Tone Stresemann in einer Gesellschaft bei dem Reichstagspräsidenten dem Bodenreformführer Damaskus gegenüber wie folgt:

„Freuen Sie sich, daß Sie nicht Minister sind, namentlich nicht Außenminister. Sie hielten das nicht ein halbes Jahr aus!“ D. sah ihn erstaunt an. „Dieses ununter-

Riesige Sprengstoff-Funde

Eine kommunistische Terrororganisation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufgedeckt.

Reddinghausen, 30. März.

Wie von der politischen Polizei mitgeteilt wird, ist in den letzten Tagen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine große Sprengstofforganisation aufgedeckt worden. Diese Organisation, die von kommunistischen Funktionären geleitet wurde, trug den Namen „Apparat“. Stützpunkte für die verbrecherische Organisation waren in Bottrop, Mülheim, Oberhausen und in verschiedenen anderen Orten des Industriegebietes eingerichtet. Die Mitglieder der Sprengstofforganisation wurden in längeren Kursen von führenden Kommunisten unterrichtet und haben hierbei genaue Anweisungen für die Sprengung von Brücken, Gebäuden und Straßen erhalten.

Für die Terrorakte, die zur gegebenen Zeit planmäßig vorgenommen werden sollten, waren systematisch große Mengen Sprengstoff beschafft worden. Der Polizei ist es gelungen, einen großen Teil des gefährlichen Sprengstoffmaterials und zahlreiche Waffen zu beschlagnahmen. Darunter befinden sich Handgranaten, Eierhandgranaten, Gewehre, Karabiner, Pistolen, Flügel- und Wurfbomben, Granaten, Sprengstoff, Sprengkapseln, Infanteriemunition und Jagdpatronen.

Ganz besonders auffällig ist die hohe Zahl der als Handgranaten umgearbeiteten Stauffertbüchsen, die nach den getroffenen Feststellungen durchweg von der Zeche „Rheinbaben“ in Bottrop gestohlen worden sind. Ihre Sprengwirkung wäre eine verheerende gewesen.

Bemerkenswert ist, daß die Rührigkeit der Bottroper SPD von russischer Seite durch die Schenkung einer roten Fahne anerkannt wurde.

Giftmordpläne der KPD

Große Zyanalkali-Mengen in Düsseldorf beschlagnahmt.

Düsseldorf, 30. März.

Nach einem im Düsseldorfer Organ der NSDAP veröffentlichten amtlichen Bericht haben sich die Kommunisten mit der Absicht getragen, durch Beimengen von Zyanalkali in den Gemeindefischkäsen der NSDAP die gesamte Düsseldorfer SA zu vergiften.

Die Politische Polizei hatte erfahren, daß die KPD in der nächsten Zeit einen Angriff auf die NSDAP mit Gift und Sprengstoff plante. Die Herkunft des Giftes wies nach Köln, wo es der Polizei gelang, 3,5 Kilogramm Zyanalkali und 0,125 Kilogramm Kupfernitrat zu erfassen.

Die Hälfte dieser Giftmengen würde genügen, um ganz Düsseldorf zu vergiften.

Die Giftmengen stammen von einem gewissen August Hillgraf, der als Galvaniseur bei einem Preß- und Röhrenwerk in Köln beschäftigt war. In der Kölner Wohnung des Hillgraf wurden außer Chemikalien und Lehrbüchern eine Anzahl Mitgliedsbücher der KPD und deren Unterorganisationen, die sämtlich auf den Namen des Hillgraf lauteten, gefunden. In der Angelegenheit wurden 6 Personen verhaftet.

Ueberalterte Betriebsräte

Abänderung des Betriebsrätegesetzes wahrscheinlich.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister Beschwerde geführt über die Absetzung von Betriebsräten durch Amtswalter der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen und anderer Stellen.

Von zünftigster Seite wird dazu erklärt, daß die Absetzung der infolge der langen Ausübung der Betriebsratswahlen überalterten Betriebsräte und die Bestellung kommissarischer Betriebsräte formelljuristisch nicht zu beanstanden seien. Dieses Verhalten liege aber im Zuge der Maßnahmen der nationalen Erhebung und werde deshalb nicht beanstandet werden. Wahrscheinlich werde sowieso in nächster Zeit das Betriebsrätegesetz abgeändert werden, so daß die Beschwerden der freien Gewerkschaften gegenstandslos seien.

brochene Essen! Ich habe mich eben einmal von einem Essen beim finnischen Gesandten beurlaubt, weil ich es nicht aushalte.“ D. lachte: „Dann gehen Sie doch nicht zu dem Essen, wenn Sie fühlen, daß Sie ihrer Gesundheit schaden und Ihre Kraft lähmen!“ Da lächelte er bitter: „So spricht der glückliche Außensteiter. Das ist ein Stillschluß! Jedes Jahr muß ich innerhalb von 8 Monaten einmal bei jedem in Gefandten ein Essen mitmachen. Rechnen Sie sich einmal aus, wieviel Botschafter und Gesandte mir zählen. — Und annähernd ebenso viel Essen muß ich selber geben. Und dann, was dann noch aus dem Reich der anderen Ministerien herzukommt — bei solchem Essen müssen bleiben Sie einmal gesund und arbeitsfähig!“ D. sagte: „In vielen Fällen können Sie doch einen Vertreter schicken, der für Sie isst und trinkt!“ Er wehrte ab: „Das würde als Nichtachtung empfunden, unter Umständen als Beleidigung! Nein, auch das ist Dienst für's Vaterland!“ (aus „Bodenreform“, Nr. 41 v. 13. 10. 1929, S. 348).

Umstellung auf diesem Gebiete läßt sich nicht. Gewonnen nicht auch die diplomatischen Beziehungen hin und her wenn die herkömmliche Art der offiziellen Geselligkeit (Diners, Soupers usw.) eine Aenderung erfährt. Spitzen einer Regierung sollten die guten Ratschläge einfacher Lebensführung nicht nur für das Volk vorschreiben, wie geschehen, sondern bei sich vorleben.

Und das tut Reichskanzler Hitler. Er ist der erste deutsche Staatsmann, soweit mir bekannt, der hier beispielhaft handelnd das innere Gesetz uns allen vorschreibt: Vorbild ist alles. Die Guten, die national und sozial Denkenden werden sicherlich folgen, die Masse der Unbelehrbaren, Afazialen usw. werden schließlich durch eine kalte Revolution der Lebenserneuerung gezwungen u. letztendlich in Liebe belehrt werden müssen, so wie es das Bild des politischen Lebens der jüngsten Zeit uns aufzeigt.

In diesem Sinne ein Heil Hitler, ihm, wie ihn bisher keiner kannte. — G. Zeltzsch.

Zusp

Moskau
der britische
dem russischen
britische Regie
die britischen
denfalls würd
den, Repressa
Situation ant
der Lage sei
auszuüben
würde Ansehn
ner, daß er
der britischen
derartigen M
nichts erzielen
Volschaster ü

Reichs

Durch d
wird der bis
vorläufiger
Sident auf
glieder beru
Jahre einber

Unter d
Reichskanzler
in der Reich
auch der in
fene Reichsa
Schacht teiln
daß die Wor
und im beid

Dann h
nahmen gege
Er betonte,
weil die Ab
men wäre i
hätte. Durch
ganze Aktion
den, daß es
wallständig
nen, daß ein
tum in Deu
heute lägen
platzierte
scher Waren
Jahrl durch
gehen den
aus Neupor
Bonfollthege
senverjamml
schen Bürger

Ferner
des Reichs
tung d
sieht zunäc
überhaupt
tretungen
Landtags, a
den Stimme
am 5. März
Stimmen a
Es werden
nen Länder
ner sollen
meindlichen
Schlüssel
ten auch h
vorgef
daß dieses
noch im La
geführt wer

Die Dr
Mit d
leitung der
propaganda
Vorbereitung
Berlin hat
eine planm
Es werden
schäfte, jübi
außerdem
in den Boy

Es ist
abend der
wird, da d
lungen zur

Das angef

Das in
hege gegen
Kongress
Städten an

Neue Kabinettsbeschlüsse

Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes.

Das Reichskabinett befaßte sich Mittwoch mit einem Gesetzentwurf über die Gleichhaltung der Länder und Gemeinden mit dem Reich. Die Beratungen hierüber werden am Freitag fortgesetzt. Ferner genehmigte das Reichskabinett die nachträgliche Freistellung des Reichshaushaltsplanes für 1932 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes sowie den Vorschlag des Reichsfinanzministers für das erste Viertel des Haushaltsplanes 1933. Die persönlichen Ausgaben bleiben hierbei die gleichen wie bisher. Die sachlichen haben eine Kürzung erfahren.

Genehmigt wurden ferner die Garantiermäßigungen für den Außenhandel, für die Getreidebewegung und für die Seefahrt sowie die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes, das mit dem 1. April außer Kraft tritt. Gleichzeitig wurde ein Gesetzesentwurf über Räumungsstrafen verabschiedet, der zugunsten der Mieter Härten beseitigt, die durch die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes entstehen könnten.

Der vom Reichswirtschaftsminister vorgelegte Gesetzentwurf über die Auflösung und Neubildung des Reichswirtschaftsrates wurde ebenfalls verabschiedet.

Mißverständnisse in der Pfalz.

Verhandlungen der Reichsstellen im Gange.

Berlin, 29. März. Die Reichspressstelle des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, teilt mit: Zu den aus der Rheinpfalz einlaufenden Meldungen über die Verhaftung von Stahlhelmführern dortiger Ortsgruppen und anderer dem Stahlhelm angehörender Persönlichkeiten durch SA und SS, stellen wir fest: Es handelt sich hierbei lediglich um Unstimmigkeiten und Mißverständnisse in der Befestigung der Stellen bei den Arbeitsämtern. Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Reichsstellen sind im Gange. Es steht zu erwarten, daß alle dies örtlichen Schwierigkeiten in der Pfalz zwischen den beiden Gruppen der nationalen Front innerhalb kürzester Frist auf freundschaftlichem Wege gelöst werden.

Fernhaltung der Ostjuden

Berlin, 30 März.

Der Führer der nationalsozialistischen Fraktion des Preussischen Landtags, Wilhelm Kube, wendet sich gegen den jüdischen Einwandererstrom, der in den letzten vierzehn Jahren von Osten her unsere Grenzen überflutet habe. Es werde eine Nachprüfung der Einbürgerungsmethoden der letzten vierzehn Jahre in Berlin und Brandenburg notwendig sein, um Deutschland, das Volk ohne Raum, von lästigem östlichen Gefindel zu befreien.

Die deutsche Gegenpropaganda

Protest der Zeitungsverleger.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger ist in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung der Auffassung, daß den Auswirkungen der ausländischen Greuelbeize mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden muß. Er hofft daher, daß die von der REDAKTION angekündigte Abwehraktion den Treibern der Heise im Ausland die Folgen vor Augen führen wird, die für diejenigen eintreten, zu deren angeblicher Verteidigung diese Greuelpropaganda entsetzt worden ist.

Dann sprach der Reichskanzler über die Abwehrmaßnahmen gegen die jüdische Grenzpropaganda im Auslande. Er betonte, daß diese Abwehr organisiert werden mußte, weil die Abwehr aus dem Volke heraus von selbst gekommen wäre und sonst unerwünschte Formen angenommen hätte. Durch die Organisation der Abwehr behalte man die ganze Aktion in der Hand, und es würde verhindert werden, daß es zu Belästigungen persönlicher Art und zu Gewalttätigkeiten komme. Das Judentum müsse aber erkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland mit voller Schärfe selbst trifft. Auch heute lägen wieder Telegramme vor aus London, wonach platierte Privat- und Kaffahrzeuge zum Boykott deutscher Waren aufforderten. Diese Wagen führen in großer Zahl durch die Straßen Londons, so daß das ganze Volk gehen den Eindruck mache, daß es wohlorganisiert sei. Auch aus Newyork lägen heute wieder Meldungen vor, daß die Boykotttheke gegen Deutschland weiter tobe und daß in Massenversammlungen und durch Radio gegen die amerikanischen Botschafter deutscher Abstammung gehandelt werde.

Ferner lag der Ministerbesprechung ein Beschlus des Reichsministeriums des Innern zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vor. Dieses Gesetz sieht zunächst eine Vereinfachung der Landesgesetzgebung überhaupt vor und bestimmt weiterhin, daß die Volkssvertretungen der Länder, mit Ausnahme des Preussischen Landtags, aufgelöst und neugebildet werden, und zwar nach den Stimmengahlen, die sich bei der Wahl zum Reichstag am 5. März innerhalb eines jeden Landes bzw. soweit die Stimmen auf die Wahlvorschlüge entfallen, ergeben haben. Es werden für die neu zu bildenden Landtage in den einzelnen Ländern Mandatshöchstziffern vorgesehen werden. Ferner sollen Bestimmungen getroffen werden wegen der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper. Auch hier soll der Beschluß vom 5. März zugrundegelegt werden, und es sollen auch hier Höchstziffern nach der Größe der Gemeinde vorgesehen werden. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dieses Gesetz noch am Sonntabend in Kraft tritt, so daß noch im Laufe des Monats April die Gleichschaltung durchgeführt werden kann.

Jüdische Ausschreitungen in London.

Zu einer ernstesten Ausbreitung von englischen Juden gegen einen deutschen Reichsangehörigen kam es in einer der Speiseanstalten in der Nähe des Piccadilly-Kirkus. Der Deutsche war in ein Gespräch mit einem Tischnachbarn verwickelt worden und wurde, nachdem man seine Nationalität erkannt hatte, von einer Horde Juden unter körperlicher Mißhandlung zum Lokal hinausgeworfen. Der Verkäufer deutscher Zeitungen ist fortgesetzt Anrempelien der jüdischen Bassanten ausgelegt. Der Korrespondent einer führenden nationalen Nachrichtenkorrespondenz hat anonyme Zuschriften erhalten, in denen ihm jüdische Nachstellungen angedroht werden.

Juden und Kommunisten Arm in Arm

Jüdisch-kommunistische Aktion in London. —

— London, 29. März. Der Verdacht, daß die Boykottbewegung in England gegen deutsche Waren in engem Zusammenhang mit dem Kommunismus stehe, hat sich bestätigt. Es konnte festgestellt werden, daß die kommunistische Partei in der Vorwoche ein geheimes Schreiben an die kommunistische Partei Großbritanniens geschickt hat, worin sie zur Organisation der Judenschaft zur Bekämpfung des Hitlerregimes aufforderte.

Unter kommunistischem Einfluß ist unter der Jugendenschaft eine schwarze Liste aufgestellt worden, auf der diejenigen in London lebenden Deutschen gesetzt sind, die in näheren Beziehungen zu nationalen Parteien in Deutschland stehen.

Neues von Herrn Einstein.

— Brüssel, 29. März. Professor Albert Einsein, der in Belgien von seinen Gefinnungsgenossen mit Blumen und schönen Reden empfangen wurde, richtete heute eine schriftliche Anfrage an die deutsche Gesandtschaft, wie es sich seiner preussischen Staatsangehörigkeit entledigen könne, nachdem er aus der Preussischen Dichterakademie ausgeschieden sei. (I)

Die deutsche Gegenpropaganda

Protest der Zeitungsverleger.
Der Verein deutscher Zeitungsverleger ist in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung der Auffassung, daß den Auswirkungen der ausländischen Greuelbege mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden muß. Er hofft daher, daß die von der REDAP angekündigte Abwehraktion des Treibern der Hetze im Ausland die Folgen vor Augen führen wird, die für diejenigen eintreten, zu deren angeblicher Verteidigung diese Greuelpropaganda entfesselt worden ist.

„Mit der Reichsregierung ist der Verein Deutscher Zeitungsverleger davon überzeugt, daß die Entschlossenheit des deutschen Volkes, eine neue Vernehmung nicht wieder hinzunehmen, bereits ausreicht wird, um diesen großangelegten Versuch einer moralischen Isolierung und einer schweren politischen und wirtschaftlichen Schädigung unseres Vaterlandes, im Keim zu ersticken.“

Die Hamburg-Amerika-Linie hat sich bereit erklärt, einige prominente amerikanische Bürger zu einer Informationsreise nach Deutschland einzuladen, um so der amerikanischen Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, sich ein Bild von der tatsächlichen Situation in Deutschland zu machen, und sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung herrschen.

Die Thüringische Staatsregierung tritt Abbestellungen von Auslandsaufträgen entgegen und stellt fest, daß die Juden in Thüringen den vollen Schutz der Gesetzgebung genießen und auch in ihrer geschäftlichen Tätigkeit in keiner Weise gehindert werden.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten sandte an seine Auslandsortgruppen und die ihm befreundeten Auslandsorganisationen Telegramme folgenden Inhalts: „Die maßlose Greuelpropaganda in der Auslandspressen schädigt das Ansehen des deutschen Volkes und stört die wirtschaftlichen Beziehungen. Das deutsche Wirtschaftsleben einschließlich aller jüdischen Unternehmungen ist ohne Störung, Einzelübergriffe, die mit der Umwälzung verbunden waren, sind jeweils sofort von der Regierung verbunden und nie gebilligt worden. Tretet der Greuelpropaganda in Interesse Deutschlands und zur Verhinderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen für viele Tausende Angestellter mit aller Kraft entgegen. Mobilisiert alle Freunde Deutschlands zur Abwehr.“

Alle Veranstaltungen der Nationalsozialisten
im Saargebiet erneut verboten

— Saarbrücken, 29. März. Die Regierungskommission des Saargebietes hat alle öffentlichen und geschlossenen Veranstaltungen der Nationalsozialisten im Saargebiet erneut verboten. Als Begründung wird angegeben, daß die Bedingungen der früheren Verbotsaufhebung, nämlich Einhaltung des Uniformverbotes und des Demonstrationsverbotes, von den Mitgliedern der NSDAP in verschiedenen Fällen nicht eingehalten worden seien.

Der Führer des aufgelösten Freikorps Franken, Wilhelm Stegmann-Schillingsfürst, der verhaftet wurde, weil er mit verschiedenen Gefinnungsgenossen angeblich verabredet hatte, den nationalsozialistischen Führer Julius Streicher zu beseitigen, ist vom Gericht wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Zur schärfsten Abwehr entschlossen

Berlin, 30. März.

Unter dem Vorsitz des aus München zurückgekehrten Reichszanklers Adolf Hitler fand am Mittwochnachmittag in der Reichszanklei eine Ministerbesprechung statt, an der auch der in der Nacht aus Braunschweig wieder eingetroffene Reichsarbeitsminister Seidte und Reichsbaupräsident Schacht teilnahmen. Der Reichszankler stellte eingangs fest, daß die Vorfälle in Braunschweig vollkommen geklärt seien und im beiderseitigen Einvernehmen beigelegt seien.

Dann sprach der Reichskanzler über die Abwehrmaßnahmen gegen die jüdische Grenzpropaganda im Auslande. Er betonte, daß diese Abwehr organisiert werden mußte, weil die Abwehr aus dem Volke heraus von selbst gekommen wäre und sonst unerwünschte Formen angenommen hätte. Durch die Organisation der Abwehr behalte man die ganze Aktion in der Hand, und es würde verhindert werden, daß es zu Belästigungen persönlicher Art und zu Gewalttätigkeiten komme. Das Judentum müsse aber erkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland mit voller Schärfe selbst trifft. Auch heute lägen wieder Telegramme vor aus London, wonach platierte Privat- und Kaffahrzeuge zum Boykott deutscher Waren aufforderten. Diese Wagen führen in großer Zahl durch die Straßen Londons, so daß das ganze Volk gehen den Eindruck mache, daß es wohlorganisiert sei. Auch aus Newyork lägen heute wieder Meldungen vor, daß die Boykotttheke gegen Deutschland weiter tobe und daß in Massenversammlungen und durch Radio gegen die amerikanischen Botsräte deutscher Abstammung gehet werde.

Ferner lag der Ministerbesprechung ein Bescheid vom Reichsministerium des Innern zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vor. Dieses Gesetz sieht zunächst eine Vereinfachung der Landesgesetzgebung überhaupt vor und bestimmt weiterhin, daß die Volkssvertretungen der Länder, mit Ausnahme des Preussischen Landtags, aufgelöst und neugebildet werden, und zwar nach den Stimmengahlen, die sich bei der Wahl zum Reichstag am 5. März innerhalb eines jeden Landes bzw. soweit die Stimmen auf die Wahlvorschlüge entfallen, ergeben haben. Es werden für die neu zu bildenden Landtage in den einzelnen Ländern Mandatshöchstziffern vorgesehen werden. Ferner sollen Bestimmungen getroffen werden wegen der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper. Auch hier soll der Beschluß vom 5. März zugrundegelegt werden, und es sollen auch hier Höchstziffern nach der Größe der Gemeinde vorgesehen werden. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dieses Gesetz noch am Sonnabend in Kraft tritt, so daß noch im Laufe des Monats April die Gleichschaltung durchgeführt werden kann.

Die Organisierung des Abwehrkampfes

Mit dem Bekanntwerden des Aufrufes der Parteileitung der NSDAP. zum Abwehrkampf gegen die Greuelpropaganda setzten in sämtlichen Parteiorganisationen Vorbereitungen zu diesem Abwehrkampf ein. In Groß-Berlin hat sich ein zentrales Aktionskomitee gebildet, um eine planmäßige Durchführung des Bonfotts sicherzustellen. Es werden vor allen Dingen Adressen der jüdischen Geschäfte, jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte gesammelt, um außerdem wird durch Gankule festgelegt, welche Waren in den Bonfott einbezogen werden sollen.

Es ist damit zu rechnen, daß am kommenden Sonntagabend der Bonstoft schlagartig und planmäßig durchgeführt wird, da der Partei noch zwei volle Tage zu den Vorbereitungen zur Verfügung stehen.

Die Hecke geht weiter

Das angelsächsische Judentum setzt seinen Hatzfeldzug gegen Deutschland fort.

Das internationale Judentum setzt seine nichtswürdige Hehe gegen Deutschland fort. Der Amerikanisch-Jüdische Kongreß kündigte Protestversammlungen in weiteren Städten an, nachdem bereits 200 Protestversammlungen

